



- Philip C. Brunner, Grossgemeinderat SVP

Parlamentarischer Vorstoss GGR
Eingang : 29. OKTOBER 2013
Bekanntgabe im GGR : 29. 10. 2013
Chollerstrasse 1a, 6300 Zug

Interpellation: Redet unsere städtische Exekutive eigentlich noch mit der Zuger Kantonsregierung – oder wurstelt sich der Stadtrat selbst planerisch ins ökologische Abseits ?

In der Interpellation der SVP-Fraktion vom 3. Juni 2013: „Plan- und Konzeptlos in die Energiezukunft – oder werden gedankenlos mögliche Synergie für den städtischen Steuerzahler verpasst?“ Vorlage Nr. 2277 vom 17. September 2013 stellt die **SVP Fraktion** dem Stadtrat zu den benötigten Flächen für einen neuen Oekihof (Frage 3), folgende Frage: Zitat: „**Wurden Gespräche mit dem Kanton Zug für eine mögliche gemeinsame Nutzung eines Areals geführt?**“ Die erhaltene Antwort lautet (Seite 4/6 oben): „Im Rahmen der Standortevaluationen für einen neuen Oekihof wurden auch alle möglichen im Eigentum des Kantons und der Korporation unverbauten Grundstücke **näher angeschaut**. Das Gaswerkareal ist das einzige Areal (Stadt und Kanton), welches für eine Oekihofnutzung geeignet wäre. Allerdings wird diese Fläche frühestens ab dem Jahre 2022 mit dem Bezug des Fokus für andere Nutzungen verfügbar.“ Ende Zitat. Das heisst doch im Klartext, **dass man gar nicht mit dem Kanton in Sachen alternative Standorte für den Oekihof Stadt Zug verhandelt hat** und das einzige wirkliche Problem mit dem Gaswerkareal in einer zeitlichen Herausforderung besteht!

Dazu stelle ich dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Mit welchen Stellen und welchen Personen hat der Stadtrat namentlich beim Kanton verhandelt bzw. in dieser Angelegenheit Gespräche geführt? Eine kurzfristige Beurteilung der Situation am Schreibtisch aus genügt keinesfalls um eine gute Lösung für unsere städtische Bevölkerung zu erarbeiten. Nur ein proaktives kreatives Handeln und der Einbezug aller involvierten Behörden bringt uns die beste Lösung!
2. Welche vorbehaltenen Entschlüsse hat der Stadtrat für den Fall gemacht, falls der GGR oder das Volk selbst bei einem Referendum die komplexen und für die Stadt Zug sehr unvorteilhaften Tauschgeschäfte (mit WWZ bzw. Korporation) ablehnen? Warum könnten in einem solchen Fall nicht an dezentraler Lage, bzw. in Absprache mit dem Kanton übergangsweise mehrere kleinere provisorische städtische Oekihöfe („Zuger Minis“) gebaut werden? „Provisorisch“ ist die heutige 18 Jahre alte Lösung letztlich wohl auch...besonders wenn man den heutigen peniblen Zustand betrachtet.
3. Im Sommer 2019 findet voraussichtlich am dem Gebiet der Stadt Zug das Eidg. Schwing- und Aelperfest statt. Hat sich der Stadtrat dazu bereits dahingehend Gedanken gemacht, dass man sehr wohl in Absprache mit den Organisatoren im Raum Herti Nord einen provisorischen Oekihof derart erstellen könnte, der dann im Jahre 2019 für die zahlreich benötigten Gebäulichkeiten/Strassen/Abflüsse etc. des Schwingfestes angepasst und benützt werden könnte um dann später wieder zurückgebaut zu werden. Es stünde damit während mindestens 4 Jahren (bei zweijähriger Planungs- und Bauzeit) zusätzliche Zeit zur Verfügung um bessere Lösungen zu erarbeiten als 6000 qm bestes Kulturland zu überbauen und dafür das rare und kostbare Tafelsilber der Stadt einzutauschen.
4. Welche alternative Möglichkeiten ergeben sich nach einem Gespräch mit dem Kanton alternativ im Gebiet Aabachstrasse/General- Guisanstrasse auch im Zusammenhang mit den projektierten Neubauten für die ZVB (kantonales Projekt Fokus, neues VZ)? Oder allenfalls auch teilweise in Kombination mit anderen Nutzungen (bis 2022) auf dem Gaswerkareal, z.B. unterirdisch?

Mit der Bitte um schriftliche Beantwortung und freundlichen Grüßen

Gez. Philip C. Brunner
Grossgemeinderat SVP

Zug, 28. Oktober 2013